

ANTWORT

AUF AKTUELLE FRAGEN

Kein Platz für „Gesandte“ der Bonner Alleinvertretungs- anmaßung

Die Vielzahl der von unserer Partei und Regierung unterbreiteten Vorschläge zur Normalisierung in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und für ihre Verständigung haben die bisherigen Machthaber in Bonn — die extremsten und reaktionärsten Kräfte des Monopolkapitals mit der CDU/CSU als Interessenvertretung — brüsk in den Wind geschlagen und abgelehnt. Sie haben diese Vorschläge mit der Verschärfung des Kampfes gegen die Republik, mit dem Ausbau und der Verhärtung der Alleinvertretungsanmaßung sowie der im Handschellengesetz juristisch fixierten Revanche-
lösung für ein imperialisti-

ches Deutschland in den Grenzen von mindestens 1937, mit dem Ausbau ihrer Rüstung und der Forderung nach dem Besitz bzw. der Mitverfügung über Kernwaffen beantwortet.

Die Führungsspitze der SPD hat dieses Treiben mit demagogischer antikommunistischer Hetze gegen den ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat und seine führende Kraft — die SED — gedeckt und verschärft. Sie nahm aktiv teil an der Ausarbeitung des „Grauen Planes“ für die Liquidierung der DDR, sie stimmte dem Handschellengesetz zu, sie ging nach der Bunkerkoalition, „Fallex 66“ schließlich mit der CDU/CSU die Koalition in einer

Regierung ein, die mit einem revanchistischen und sozialreaktionären Programm einen ausgeprägten Rechtskurs steuert. Das alles beschwört neue große Gefahren für die Bevölkerung Westdeutschlands, für die Zukunft unseres Volkes und den Frieden in Europa herauf.

Angesichts dieser Entwicklung gewinnt die Verständigung der Arbeiterklasse in den beiden deutschen Staaten größte Bedeutung. Diese Verständigung ist von so außerordentlicher Wichtigkeit, um überhaupt bei der Sicherung des Friedens in Europa und im Verhältnis der beiden deutschen Staaten weiter voranzukommen, vor allem aber, um der westdeutschen Arbeiterklasse zu helfen, die tragische Situation zu verändern, in die sie von der rechten Führungsspitze der SPD hineinmanövriert wurde.

Gegen Mißbrauch des Dialogs für psychologische Kriegführung

Genosse Walter Ulbricht hat in seinem Interview mit „Neues Deutschland“ am 30. November und in seiner Diskussionsrede auf der 14. Tagung des Zentralkomitees unserer Partei, die der westdeutschen Öffentlichkeit wohlweis-